

Dokumentation

REINER POMMERIN

DIE ZWANGSVEREINIGUNG VON KPD UND SPD ZUR SED

Eine britische Analyse vom April 1946

Der Prozeß der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone, „ein erstes schwerwiegendes Hindernis für eine gemeinsame Gestaltung Gesamtdeutschlands durch die Besatzungsmächte“¹, kann sowohl auf Grund der Berichte von Zeitzeugen als auch durch wissenschaftliche Studien als hinreichend beschrieben und erklärt gelten². Dennoch hält die Geschichtswissenschaft der DDR – im Rahmen sogenannter „Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Geschichtsauffassungen in der BRD“³ – daran fest, den Zwangscharakter des Vereinigungsprozesses nicht zur Kenntnis zu nehmen. Vielmehr wird diese Qualifikation als „Fiktion“, als „antikommunistische Geschichtspropaganda“, gar als „bundesrepublikanische Geschichtsm Manipulation“ diffamiert. Die Zwangsvereinigung wird zu einer von Historikern der Bundesrepublik Deutschland geschaffenen „Legende“ erklärt⁴.

Da eine wissenschaftliche Auseinandersetzung schon auf Grund der ideologischen Fixiertheit sowie der Abhängigkeit der historischen Forschung in der DDR von der SED, die deren Forschungsschwerpunkte festlegt, wenig fruchtbar erscheint, soll im folgenden ein Dokument vorgestellt werden, aus dem sehr genau zu ersehen ist, wie sich der Prozeß der Zwangsvereinigung in den Augen zeitgenössischer britischer Beobachter vollzog – also lange bevor bundesrepublikanische Historiker sich mit dieser Frage zu beschäftigen begannen.

¹ Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945–1982. Die deutsche Frage in der Weltpolitik*. 4., erweiterte Auflage, Stuttgart 1983, S. 25 f.

² Vgl. dazu beispielsweise die Erinnerungen von Hermann Brill, *Gegen den Strom*, Offenbach 1946; Gustav Dahrendorf, *Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone*. Als Manuskript gedruckt: SPD Landesorganisation Hamburg, o. J. (1946); Erich W. Gniffke, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966; Inge Deutschkron, *Ich trug den gelben Stern*, Köln 1983, S. 206 ff. – Unter den wissenschaftlichen Darstellungen vgl. Albrecht Kaden, *Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46*, Hannover 1964; Frank Moraw, *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie*, Bonn 1973; Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1985; vgl. auch die Studie von Lucio Caracciolo in diesem Heft.

³ So der Untertitel von Peter Bachmann/Ernst Diehl/Heinz Heitzer/Gerhard Lozek (Hrsg.), *Geschichte, Ideologie, Politik. Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Geschichtsauffassungen in der BRD*, Berlin 1983.

⁴ Vgl. dazu Günter Benser, „Zwangsvereinigung“ – eine Legende und ihre Variationen, ebenda, S. 201–216.

Nachdem sich das britisch-sowjetische Verhältnis seit Frühjahr 1945 fortwährend verschlechtert hatte⁵, ließ es die Entwicklung innerhalb der sowjetischen Besatzungszone dem Foreign Office ein Jahr später, im Februar 1946, als immer weniger wahrscheinlich erscheinen, „that there ever will be an agreed German constitution for a unitary Germany; or if there is, that it will be the sort of constitution we should approve ...“⁶ Da sich das Fehlen eines gemeinsamen deutschlandpolitischen Konzepts der Alliierten zudem in einer Obstruktionspolitik Frankreichs gegenüber der Einrichtung von deutschen Zentralverwaltungen offenbarte, stellte das Foreign Office zunehmend Überlegungen zu einem generellen Kurswechsel der britischen Deutschlandpolitik an. Daß dieser Kurswechsel – und vor allem die von Großbritannien anvisierte Umorientierung der amerikanischen Deutschlandpolitik – im britischen Kabinett überhaupt Akzeptanz fand, lag nicht zuletzt an der dort aufkommenden Befürchtung, die demokratischen Parteien könnten, ähnlich wie in der sowjetischen Besatzungszone, von den Kommunisten überrannt werden. Anschauungsunterricht für diese Befürchtungen bot die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Sorgfältig wurde von britischer Seite die von der SMAD veranlaßte Zusammenfassung der vier Parteien KPD, SPD, CDU und LDPD zum „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, vor allem aber der von sowjetischer Seite ausgeübte Druck auf die SPD beobachtet, der seit September 1945 zu verspüren war und schließlich zu der am 21./22. April 1946 erfolgenden Fusion der beiden Parteien führte.

Die Vereinigungskampagne der KPD sowie ihre Unterstützung durch die SMAD hatten schnell die Aufmerksamkeit der Vertreter der britischen Militärregierung in Berlin auf sich gezogen und ihr Echo in der Berichterstattung an das Foreign Office sowie das Control Office for Germany gefunden⁷. Die Begleitumstände der Kampagne blieben den britischen Stellen schon deshalb nicht verborgen, weil sie – neben einem Informationsnetz in der sowjetischen Zone – über ausgezeichnete persönliche Kontakte zu führenden Mitgliedern des nach dem 10. Juni 1945 in Berlin gegründeten „Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ verfügten. So hatten sich beispielsweise am 4. Februar 1946 die beiden führenden ZA-Mitglieder Gustav Dahrendorf und Otto Grotewohl mit dem Leiter der politischen Abteilung der britischen Militärregierung in Berlin zum Abendessen getroffen. Dabei

⁵ Vgl. dazu Josef Foschepoth, Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1984, S. 67, Anm. 11.

⁶ Bemerkung von Con O'Neill zur Aufzeichnung „Future governmental structure in Germany“ vom 16. 2. 1946, in: FO 371/55586/C 1193, Public Record Office, London (PRO).

⁷ Zum Aufbau der britischen Institutionen für den Bereich der Deutschlandpolitik vgl. Ulrich Reusch, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943–1948. Eine behördengeschichtliche Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 100 (1980), S. 318–443.

wurde, wie Christopher Steel nach London berichtete⁸, auch über die Frage einer Einheitsliste von KPD und SPD bei bevorstehenden Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone gesprochen. Nun hatte zwar der Zentrallausschuß am 15. Januar 1946 den Beschluß gefaßt, die organisatorische Vereinigung der beiden Parteien erst nach der Billigung durch einen SPD-Parteitag auf Reichsebene herbeizuführen und bei etwaigen Wahlen mit getrennten Listen zu operieren⁹. Jetzt aber sprach Grotewohl davon, daß der Abschluß von Einheitslisten kurz bevorstehe. Er machte Steel deutlich, daß er und Dahrendorf stärkstem persönlichen Druck ausgesetzt seien, und bemühte dabei das Bild von den russischen Bajonetten, mit denen er gekitzelt werde. Der gleiche Druck aber – und das war der wirkungsvollste Hebel bei der bevorstehenden Zwangsvereinigung – werde, so Grotewohl, auch auf die Parteiorganisation der SPD in den Ländern ausgeübt. Die Funktionäre der SPD seien Verlockungen und Pressionen jeder Art ausgesetzt, die vom Angebot eines Arbeitsplatzes bis zur Entführung am helllichten Tage reichten. Widerstand, so unterstrich Grotewohl, sei bei diesem Druck zwecklos, zumal – und hier klang seine Kritik an der bisher noch einen Kurs der Konfrontation mit der Sowjetunion vermeidenden britischen Deutschlandpolitik an – von britischer Seite keine Unterstützung zu erwarten sei. Der „eiserne Vorhang“ (Grotewohl benutzte – wie Steel erstaunt berichtete – genau diesen Ausdruck) habe sich nunmehr herabgesenkt. Im übrigen werde der Zentrallausschuß, so äußerte Grotewohl illusionslos im Falle weiteren Widerstandes gegen die Fusion einfach abgesetzt und durch Landesausschüsse aus der sowjetischen Zone ersetzt werden. Die Kommunisten aber würden schließlich dank ihrer kürzlich erfolgten Einladung an ehemalige Nationalsozialisten zum Parteieintritt, und nachdem sie die SPD geschluckt hätten, auch die CDU erdrücken und die Einheitspartei erreichen.

Im German Department des Foreign Office qualifizierte A. A. E. Franklin die von Steel angekündigte bevorstehende Einheitsliste als eine schwere Niederlage (a major defeat)¹⁰. Dies bedeute eine gemeinsame Front unter der Führung der KPD, und eine deutsche Marionetten-Regierung in der sowjetischen Besatzungszone werde damit bald vollendete Tatsache sein. Ein Kollege Franklins, Con O'Neill, der Deutschland seit seiner Tätigkeit an der britischen Botschaft in Berlin aus eigener Anschauung kannte¹¹, hielt diese Einschätzung für ein wenig übertrieben. Allenfalls sei eine Schlacht, aber nicht schon der Krieg verloren; immerhin lebten zwei Drittel aller Deutschen weder in Berlin noch in der sowjetischen Besatzungszone. Franklins Bemerkungen sollten sich jedoch als höchst zutreffend erweisen. Steel erhielt vom Foreign Office die Anweisung – und dies zeigt die Bedeutung, die dort der Vereinigungsfrage von KPD und SPD zugemessen wurde –, künftig alle Berichte hierzu

⁸ Dieser Bericht Steels vom 7.2. 1946 ist teilweise abgedruckt bei Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945–1961*, Bd. I, Frankfurt am Main 1983, S. 164.

⁹ Vgl. dazu Moraw, *Parole „Einheit“*, S. 142.

¹⁰ So seine Bemerkungen auf dem begleitenden „minute“ vom 9. 2. 1946, in: FO 371/55586/C 1480, PRO.

¹¹ Vgl. dazu Strang an Bevin, No. 12, vom 16. 4. 1946, in: FO 945/28/p. 30A, PRO.

auch an die britischen Botschaften in Moskau, Paris und Washington weiterzuleiten. Im übrigen bekam er den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß insbesondere die Methoden, die von den Kommunisten bei ihren Anstrengungen zur Fusion der Parteien angewandt würden, in die Berichterstattung der in Berlin weilenden Journalisten Eingang fanden. Dies gelte, so das Foreign Office, besonders für die amerikanischen Journalisten, die sich in ihrer Berichterstattung bisher zu sehr auf weit weniger wichtige Ereignisse in der amerikanischen Besatzungszone konzentriert hätten. Der weiteren Entwicklung der Kampagne standen die britischen Beobachter also aufmerksam, aber hilflos gegenüber.

Am 16. April 1946 übersandte der frühere Unterstaatssekretär im Foreign Office und ehemalige Vertreter Großbritanniens in der Europäischen Beratenden Kommission (EAC), Sir William Strang, aus Berlin, wo er als politischer Berater des Oberbefehlshabers der britischen Besatzungstruppen in Deutschland fungierte, eine Denkschrift an Außenminister Bevin. In einem Begleitschreiben erläuterte Strang, die Denkschrift stamme von Lieutenant-Colonel Annan¹², befaße sich mit der Geschichte des Zusammenschlusses von Kommunisten und Sozialdemokraten in Berlin sowie in der sowjetischen Besatzungszone und verfolge diese Frage von den Tagen der Befreiung Berlins bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt, Mitte April 1946. Die bisherige Berichterstattung aus Berlin habe bereits die Bedeutung der Fusion der beiden Parteien unterstrichen, und er wisse auch, wie sehr sowohl im Foreign Office als auch beim Control Office for Germany die mit dieser Frage zusammenhängenden längerfristigen Probleme bereits Beachtung gefunden hätten. Die Aufzeichnung Annans umfasse jedoch gleichsam einen ganzen Katalog von Intrigen, Druck und Schikanen, derer sich die Kommunisten und ihre russischen Helfer bei der Kampagne zur Zwangsvereinigung bedient hätten. Die Aufzeichnung sei eine ganz besondere, fesselnde Lektüre, zumal sie so ausführlich sei. Die Geschichte des Ablaufs der Zwangsvereinigung, so glaubte Strang, könne gleichsam als Instruktion in jenen Taktiken dienen, mit denen die westlichen Demokratien in den nächsten Monaten und Jahren noch vielerorts fertig werden müßten. Strang unterstrich, daß er an der Aufzeichnung keine Fehler zu bemängeln habe. Der Oberstleutnant habe die Parteiaktivitäten in Ostdeutschland mit schonungslosem Eifer verfolgt. Es stehe außer Frage, daß Annan natürlich seine persönliche Auffassung vertrete, die in der britischen Kontroll-Kommission nicht unbedingt überall geteilt würde, dennoch – und damit schloß Strang – besäßen dessen Ansichten erhebliches Gewicht.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß gerade die Beobachtung des Prozesses der Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone – neben wirtschaftlichen Überlegungen – dazu führte, die Einsetzung einer deutschen Zentralregierung auch in britischer Sicht immer fragwürdiger erscheinen zu

¹² Noel Gilroy Annan, geb. 1916, seit 1965 Lord Annan, hatte nach einem Studium am Kings College in Cambridge zunächst 1940–1944 in War Cabinet Offices und bei der Military Intelligence gedient. Seit 1945 war er als Generalstabsoffizier im Range eines Oberstleutnants Mitarbeiter der Political Division der Britischen Kontrollkommission.

lassen. Nicht zu Unrecht kam jetzt die Befürchtung auf, die KPD könnte in einem geeinten Deutschland die demokratischen Parteien ebenfalls überrennen. In der für die sich nun anbahnende Wende der britischen Deutschlandpolitik höchst wichtigen Besprechung im Foreign Office am 3. April 1946 schlug Deutschland-Minister Hynd vor¹³, das britische Interesse nunmehr auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Westzonen zu konzentrieren. SPD und CDU sollten künftig in die Lage versetzt werden, einen klaren politischen Kurs gegen die Kommunisten zu steuern. Dabei sollten sie hinfort nicht mehr durch die britische Sorge vor einer Konfrontation mit dem sowjetischen Alliierten behindert werden. Hynd regte sogar an, in der britischen Zone eine deutsche Regierung mit Befugnissen im Wirtschaftsbereich einzusetzen¹⁴.

Der britische Argwohn gegenüber der Zwangsvereinigung verstärkte sich noch, als im Mai 1946 Frank Kenyon Roberts, der britische Gesandte in Moskau, zur Berichterstattung nach London kam. In einer Aufzeichnung für den stellvertretenden Staatssekretär im Foreign Office, Oliver Harvey, berichtete Roberts von einem vertraulichen Gespräch, das er vor seiner Abreise mit dem amerikanischen Geschäftsträger George F. Kennan geführt habe. Dabei habe dieser eine geheime sowjetische Anweisung erwähnt, die für Marschall Schukow bestimmt gewesen sei und die er vor der Abreise des Marschalls in Berlin habe lesen können. Die Anweisung, so Kennan, sei für alle wichtigen sowjetischen Repräsentanten in Deutschland und alle sowjetischen Agenten innerhalb der KPD bestimmt gewesen. In der Anweisung habe es geheißen, vom Standpunkt der Sowjetunion aus sei die Zeit noch nicht reif, um mit der Errichtung zentraler Instanzen sowie generell einer Politik der Zentralisierung in Deutschland fortzufahren. Das erste Ziel, die Organisation der sowjetischen Besatzungszone unter effektiver sowjetischer Kontrolle, habe man mehr oder weniger erreicht. Jetzt sei daher der Moment gekommen, in die Westzonen hinüberzugreifen. Das Instrument dazu sei die vereinigte sozialistisch-kommunistische Partei. Es werde allerdings noch einige Zeit verstreichen, bis diese Partei allein in Groß-Berlin ordentlich organisiert sei, und noch länger werde dieser Prozeß in den westlichen Zonen dauern. Erst dann, wenn die sowjetische Rechnung auch im westlichen Deutschland aufgegangen sei und die Einheitspartei sich in den Westzonen etabliert habe, sei die Zeit gekommen, die Frage nach zentralen Verwaltungen und einer wirksameren sowjetischen Unterstützung der Zentralisierungspolitik in Deutschland erneut zu stellen. Roberts schloß mit der Bemerkung, seine Information müsse als „top secret“ behandelt werden, da Kennan nicht autorisiert gewesen sei, ihm diese aus geheimer Quelle stammende Information zu geben. Harvey hielt die Aufzeichnung von Roberts immerhin für so bedeutsam, daß er sie

¹³ Zur Person des britischen Deutschlandministers vgl. Ulrich Reusch, John Burns Hynd (1902–1971), in: *Geschichte im Westen* 1 (1986), S. 53–80.

¹⁴ Vgl. dazu Rolf Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979, S. 111–166, hier S. 118 ff.

sowohl an Staatssekretär Sir Orme Sargent als auch an Premierminister Churchill weiterreichte¹⁵.

In einer streng geheimen Kabinettsvorlage von Außenminister Bevin am folgenden Tag findet sich der zum Verständnis des neuen Kurses der britischen Deutschlandpolitik – bereits von Rolf Steininger aufgegriffene – bedeutsame Satz, daß die russische Gefahr inzwischen mit Sicherheit genau so groß, wenn nicht noch größer sei als die Gefahr eines wiedererstarkten Deutschlands. Auch die Russen wüßten nicht, wie eine künftige deutsche Zentralregierung aussehe, hieß es ferner darin. Der Kommunismus habe schon seine Anhänger in Westdeutschland gefunden, und die liberale Haltung der westlichen Besatzungsmächte lasse ihnen viel Spielraum¹⁶. Aber selbst wenn Mitglieder der britischen Führung wie Oliver Harvey glaubten, die sowjetische Regierung wolle „mit Hilfe der SED ganz Deutschland beherrschen“¹⁷, so verbot sich eine Einengung des „Spielraumes“ der KPD dennoch schon aufgrund britischer Traditionen und Vorstellungen von Demokratie und Parlamentarismus. Gleichwohl wollte und mußte Großbritannien als Besatzungsmacht in Deutschland gerade wegen dieser Vorstellungen irgendwie auf die Gründung der SED reagieren.

Am 18. Juli 1946 erreichte die Befehlshaber in der britischen Besatzungszone ein Fernschreiben der Politischen Abteilung ihrer Kontroll-Kommission. Es trug die Überschrift: „Socialist Unity Party (SED)“ und die Unterschrift von Lieutenant-Colonel Annan¹⁸. Eingangs berichtete Annan über die Zwangsvereinigung (forcible fusion) der beiden Arbeiterparteien. Die SPD sei in der sowjetischen Besatzungszone zu diesem Schritt gezwungen worden und bestehe unabhängig nur noch in Berlin. Es sei daher Bestandteil der Politik der KPD, die SPD, ihren einzigen Rivalen auf der Linken, zu schwächen, zu zerschmettern und zu schlucken, um damit die Partei der Arbeiterklasse zu werden. Die SED, die lediglich unter anderem Namen firmiere, müsse als identisch mit der KPD betrachtet werden. Sie versuche, die Idee einer sozialistischen Einheitspartei und den Zusammenschluß von KPD und SPD jetzt auch in der britischen Besatzungszone zu propagieren. Die vorliegende Instruktion wolle den Kommandeuren des Military Government deshalb Leitlinien für die Behandlung dieses Problems an die Hand geben. Annan machte deutlich, daß die britische Militärregierung sich dem Zusammenschluß zweier Parteien prinzipiell nicht widersetzen wolle, doch müsse dieser nach demokratischen Regeln erfolgen. Es genüge nicht, wenn lediglich die Führer zweier Parteien übereinkämen, ihre Parteien zu vereinigen, diese Entscheidung müsse vielmehr von den Parteimitgliedern selbst getroffen werden. Eine Gründung der SED in der britischen Zone – ebenso wie die Konstituierung anderer Parteien – sei deshalb nur auf Kreisenebene möglich. Falls nach einer von der Militärregierung beaufsichtigten geheimen

¹⁵ Roberts an Harvey vom 2. 5. 1946, in: FO 371/55587/C 5181, PRO.

¹⁶ Das Dokument ist teilweise abgedruckt bei Steininger, *Deutsche Geschichte*, Bd. 1, S. 188–193.

¹⁷ Vgl. dazu das Memorandum von Harvey „Die zukünftige Deutschlandpolitik“ vom 24. 5. 1946, ebenda, S. 186 ff.

¹⁸ Vgl. zum folgenden German Political Branch, Political Division, Control Commission for Germany, BE, Lübbecke to HQ Mil. Gov., Ref: POL/GPB/69/26/46, in: FO 945/28/p. 39B, PRO.

und freien Wahl die Mehrheit der Mitglieder der SPD wie der KPD auf Kreisebene zur Vereinigung der Parteien bereit sei, so könne dort ein Zusammenschluß stattfinden. Votiere die Mehrheit der SPD aber dagegen, so werde die Sozialistische Einheitspartei nicht zugelassen. Anschließend machte Annan sich die Mühe, die von ihm genannten demokratischen Grundvoraussetzungen in aller Ausführlichkeit zu erläutern. Die negativen Erfahrungen, die bei der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED gemacht werden mußten, sollten sich in der britischen Besatzungszone nicht wiederholen können.

Dokument

DIE KAMPAGNE ZUR VEREINIGUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN IN OST-DEUTSCHLAND¹⁹

1. Der folgende Bericht über die Kampagne zur Vereinigung der Sozial-Demokratischen und Kommunistischen Parteien in Berlin und in der russischen Zone basiert teilweise auf Informationen aus Interviews, die ich mit Gustav Dahrendorf²⁰, einem ehemaligen Mitglied des Zentralaussschusses der SPD in Berlin, und mit anderen Sozialdemokraten aus der russischen Zone führte, die bei britischen Behörden um Schutz gebeten hatten und in die britische Zone evakuiert worden waren, teilweise auf von Dahrendorf angefertigten Aufzeichnungen, und teilweise auf den wöchentlichen Berichten der Mitglieder der Politischen sowie der Nachrichtendienstlichen Abteilung in Berlin, die in ständiger Verbindung mit führenden politischen Persönlichkeiten in Berlin stehen.

2. Das Verlangen nach einer Vereinigung der Parteien der Arbeiterklasse, das vor dem Krieg ihren Ausdruck in Volksfront-Koalitionen gefunden hatte und während des Krieges in nationalen Widerstandsbewegungen verwirklicht wurde, war während des Sommers des vergangenen Jahres in Deutschland außergewöhnlich stark. Die Ruinen ihres Landes überblickend, erinnerten sich Sozialdemokraten und Kommunisten der alten Garde, die das Nazi-Regime überlebt hatten, an die Zeit, als sich die SPD und die KPD im Reichstag erbittert bekämpft hatten. Beide Parteien gestanden sich ein, daß ihr Versäumnis, sich 1933 zu vereinigen, Hitler an die Macht gebracht hatte. Überall in Deutschland diskutierten Sozialdemokraten und Kommunisten über die besten Methoden zur Sicherung der Einheit der Arbeiterklasse und Koordination ihrer Anstrengungen, die Vernichtung ihrer früheren Gegner zu vollenden. In Hamburg und in Frankfurt am Main war in sozialdemokratischen Kreisen viel die Rede von einer Arbeiterpartei, welche die SPD und KPD ersetzen sollte. Auch in Berlin übernahmen die Sozialdemo-

¹⁹ „The Campaign for Fusion of the Social Democrat and Communist Parties in Eastern Germany“, in: FO 945/28/p.29A ff., PRO.

²⁰ Der frühere Reichstagsabgeordnete Gustav Dahrendorf war im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg arbeitete er seit Mai 1945 am Aufbau der „Zentralen Kohlenstelle“ in Berlin mit. Seit Juni 1945 war er dort Mitglied des „Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, den er am 17. Februar 1946 verließ, um nach Hamburg zu übersiedeln.

kraten die Führung bei dem Versuch, eine gemeinsame Arbeiterpartei zu formieren. Ohne Zweifel hofften die Sozialdemokraten die gleichen Vergünstigungen zu erhalten, welche ihrer Meinung nach die Russen den Kommunisten gewähren würden. Aber sie wurden auch durch eine Erklärung des ZK der KPD vom 12. Juni, zwei Tage nachdem Marschall Schukow die Gründung politischer Parteien zugelassen hatte, ermuntert, in der es geheißen hatte, daß die KPD glaube, es sei falsch, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, und daß in Deutschland eine parlamentarisch-demokratische Republik errichtet werden sollte. Die SPD nahm dies als ein Zeichen dafür, daß die KPD die Theorie von der Diktatur des Proletariats aufgegeben sowie einen Gesinnungswandel vorgenommen habe, und viele Sozialdemokraten klammerten sich lange an diesen Glauben.

Am 15. Juni erklärte die SPD, sie sei entschlossen, für den Zusammenschluß der deutschen Arbeiter in einer Partei zu kämpfen, und betrachte dies als eine Form moralischer Wiedergutmachung der politischen Fehler der Vergangenheit. Vier Tage danach fand ein Treffen zwischen den Führern der beiden Parteien statt. Aber die kommunistischen Führer Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht sowie Wilhelm Ackermann²¹, die in Berlin zusammen mit Marschall Schukows Hauptquartier angekommen waren, wiesen die Vorschläge der Sozialdemokraten so deutlich zurück, wie sie vorherige Annäherungen ignoriert hatten. Sie erklärten eine Verschmelzung der beiden Parteien als vorschnell. Bevor dies geschehen könne, müsse zunächst eine beträchtliche Zeit der Zusammenarbeit zwischen den Parteien verstreichen, „gemeinsame Diskussionen zur Herausarbeitung ideologischer Fragen einbeziehend“, sonst würden sich, so erklärten sie, neue Risse öffnen und die beiden Parteien noch weiter voneinander entfernen.

3. Daraufhin begannen die SPD und die KPD ihre Parteiorganisationen parallel aufzubauen. Dabei erfreute sich die KPD enormer Vorteile: ihre Presse verfügte gegen Ende des Jahres über eine Auflage von etwa vier Millionen, während die Russen der SPD lediglich genügend Druckmöglichkeiten für eine Auflage von einer Million gewährten. Papier für Plakate, für Parteidrucksachen etc. fand im gleichen Verhältnis Zuteilung. Ferner ernannten die Russen überall in der russischen Zone für die Mehrzahl der führenden Verwaltungsämter Mitglieder der KPD, vor allem in den mittleren und kleinen Kommunen. Da sich viele dieser Männer als entweder inkompetent oder korrupt erwiesen, sahen sich die Russen fortwährend genötigt, Veränderungen vorzunehmen, was eine effektive Arbeit der Administration belastete, und als Land- und Provinzialverwaltungen errichtet wurden, hatten sie keine andere Möglichkeit als auf SPD-Mitglieder zurückzugreifen, um die Führungspositionen zu besetzen.

Tatsächlich waren die Präsidenten von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen alle Sozialdemokraten. Trotz der Ungleichheit der Behandlung führten beide Parteien die Zusammenarbeit fort. Bald aber wurde anerkannt, selbst von der KPD, daß die SPD die weit stärkere Partei bildete. Da ihre Mitgliederzahl stieg und ihr Verhältnis zu den Russen harmonisch blieb, gewann die SPD ihr Selbstvertrauen zurück. Obgleich eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten auch weiterhin wirklich gewünscht wurde, hörte man über weitere Gespräche zu einer Vereinigung der Parteien wenig. Reden von

²¹ Gemeint ist Anton Ackermann (1905–1973), seit 1926 hauptamtlicher KPD-Funktionär, kam im Mai 1945 mit der „Initiativgruppe Ackermann“ nach Sachsen. Er war Mitglied im Sekretariat der KPD und ab April 1946 im Zentralsekretariat sowie ZK der SED. Bekannt wurde er u. a. durch seine These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“.

Pieck, in denen er die paritätische Vertretung von KPD und SPD auf Arbeiterversammlungen forderte, quittierte die Zuhörerschaft mit kräftigem Lachen. Nach Meinung aller Beobachter in Berlin während des letzten Herbstes blieb wenig Zweifel daran, daß die Sozialdemokraten die Unterstützung der Masse der Bevölkerung besaßen, während die KPD argwöhnisch als eine Marionette der vielgefürchteten Besatzungsmacht betrachtet wurde sowie als eine Partei, die korrupte und inkompetente Verwaltungsbeamte habe.

Erste Anzeichen einer russischen Intervention

4. Während des Herbstes 1945 hatte sich die russische Einstellung gegenüber den Westmächten und speziell gegenüber Großbritannien verhärtet, aber sie [die Russen] hatten sich bemüht, mit mehr oder weniger friedlichen Mitteln der Durchsetzung, ihre Ziele in Berlin und in der russischen Zone zu erreichen. Die Ergebnisse der Wahlen in Ungarn und in Österreich waren für sie ein absoluter Schock²². Sie erkannten zum ersten Mal das Ausmaß, in dem Rußland gefürchtet und in der Tat gehaßt wurde, und sie sahen ein, daß die Kommunistische Partei in fairen und freien Wahlen mit Sicherheit selbst in den Ländern geschlagen werden würde, die sie teilweise oder ganz besetzt hielten. Dementsprechend beschlossen sie, in Deutschland solchen Eventualitäten zuvorzukommen. Zunächst richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf die bürgerlichen Parteien und verlangten von den Führern der CDU, die in ihren Zeitungen eine unabhängige Linie verfochten und die Methoden kritisiert hatten, mit denen die Landreform vorgenommen worden war, zurückzutreten. Sie wurden die ineffektiven Führer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands los, und die Führer der KPD erhielten plötzlich die Anweisung, auf ein Treffen zwischen KPD und SPD zu drängen, um die „Stärkung gemeinsamer Aktivitäten“ zu diskutieren. An dem Tag, an dem die christdemokratischen Führer Hermes²³ und Schreiber²⁴, die ihren Rücktritt verweigert hatten, von Marschall Schukow zwangsentlassen wurden, sah sich der Zentrallausschuß der SPD auf diesem Treffen mit den kommunistischen Forderungen konfrontiert. An diesem Treffen nahmen zwei Vertreter der russischen Militärverwaltung in Zivil nebst ihren Stenographen teil.

5. Anlässlich einer vorbereitenden Konferenz am Tage zuvor, am 19. Dezember, hatten die Führer des Zentrallausschusses und der Bezirke der SPD in Berlin und in der russi-

²² Am 4. 11. 1945 hatten in Ungarn, am 25. 11. 1945 in Österreich freie Wahlen stattgefunden. In Österreich hatte die KPD statt der erwarteten 30 bis 40 Sitze nur vier Sitze erlangt, in Ungarn nur ganze 16 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

²³ Der ehemalige Reichsminister für Ernährung bzw. Finanzen Andreas Hermes (1878–1964), in der NS-Zeit politisch verfolgt, wurde nach der Befreiung aus der Haft 1945 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin und Leiter des Berliner Ernährungswesens. Hermes war Mitbegründer und Vorsitzender der CDU in Berlin und der SBZ. Im Dezember 1945 wurde er von der SMAD wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Bodenreform zum Rücktritt gezwungen.

²⁴ Walther Schreiber (1884–1959) war von 1925 bis 1932 preußischer Minister für Handel und Gewerbe; in der NS-Zeit politisch verfolgt, gehörte er 1945 zu den Mitbegründern der CDU in Berlin und der SBZ, der er als 2. Vorsitzender vorstand. Im Dezember 1945 wurde er wegen seiner Haltung gegenüber der Bodenreform von der SMAD abgesetzt. Im Februar 1948 aus seiner Partei ausgeschlossen, wechselte er nach Westberlin, wo er schnell wieder eine Rolle im politischen Leben spielte.

schen Zone eine Linie vereinbart, nach der auf dem Treffen verfahren werden sollte. An der Vorstellung festhaltend, daß Deutschland sowohl politisch als auch ökonomisch als Einheit behandelt werden sollte, widersprachen sie der Vereinigung von Parteien gleichgültig in welcher Zone und schlugen vor, daß dies lediglich durch das Votum von Delegierten eines Parteitages auf Reichsebene herbeigeführt werden könne. Weiterhin entwarfen sie eine Resolution, welche der KPD undemokratisches Verhalten sowie ungebührlichen Druck auf die SPD-Mitglieder vorwarf, und erklärten, daß, obgleich die Vereinigung beider Parteien ihr Ziel bleibe, sie einem solchen Schritt erst zustimmen würden, wenn die KPD die Art und Weise ihres Vorgehens ändere. Die Kommunisten antworteten darauf mit Druck in Richtung einer gemeinsamen Wahlliste und Druck auf die Zusammenlegung der beiden Partei-Organisationen auf Landes- und Provinzebene, was damit endete, daß sich die kleineren Orts-, Kreis- und Bezirksorganisationen zur Vereinigung bereit erklärten. In der Debatte, die am 20. und 21. Dezember folgte, argumentierten die Führer beider Parteien auf dieser Basis. Auf Grund der Pressionen russischer Offiziere wurde die SPD daran gehindert, ihre Anklage, die Kommunisten unterdrückten die Sozialdemokraten, weiter nachzuweisen²⁵. Aber ein Mitglied der Partei, Gustav Klingelhöfer²⁶, besaß die Courage, über den Fall eines Sozialdemokraten in Sachsen zu sprechen und zu beweisen, daß dieser entführt und nach einem Genickschuß dem Tode überlassen worden war. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der beide Parteien übereinkamen, ein gemeinsames Wahlprogramm vorzubereiten, und in der sie die Notwendigkeit der Gründung einer vereinigten Arbeiterpartei anerkannten. Weder fand eine gemeinsame Wahlliste noch die lokale Zusammenlegung von Partei-Organisationen Erwähnung. So wurde angenommen, daß über die Vereinigung nur auf einer Parteiversammlung auf Reichsebene entschieden werden könne.

6. Die SPD glaubte, einen Sieg errungen zu haben. Ganz im Stile der fatalen legalistischen Einstellung gegenüber politischen Problemen, mit der die Partei während der Weimarer Zeit geplagt war, glaubten die SPD-Führer, mit ihren Resolutionen und Reden hätten sie ihre Probleme gelöst. Aber es war, wie unsere Beobachter in Berlin schon zu dieser Zeit bemerkten, eine verhängnisvolle Bresche in ihre Position geschlagen. Sie hatten öffentlich und vor der Besatzungsmacht ihr Verlangen nach einer Union der beiden Parteien bekundet. Tatsächlich überschrieb die in Berlin erscheinende SPD-Zeitung „Das Volk“ ihren Bericht über das Treffen mit der Überschrift: „Der zweite Schritt zur Schaffung einer einzigen Arbeiterpartei“. Deshalb war es nur noch eine Frage der Zeit, bis beide, die russischen Militärbehörden und die Kommunisten, plötzlich die Frage stellen würden: „Warum erst im Laufe der Zeit – Warum nicht gleich?“. Zunächst zurückhaltend, dann aber mehr und mehr offen durch die Russen unterstützt, wandten die Kommunisten Druck an. Die SPD-Zeitungen wurden rigorosere Zensur unterworfen, SPD-Organisationen in den Provinzen nur noch dann Zusammenkünfte gestattet, wenn diese gemeinsam mit der KPD abgehalten wurden. Betriebsgruppen wurden vorgeladen, um Resolutionen zu einer sofortigen Vereinigung zu verabschieden. Die russischen Militärkommandeure begannen darauf zu bestehen, nur noch solche SPD-Mitglieder für füh-

²⁵ Über den von russischen Offizieren ausgeübten Druck berichten Ernst Thape und Gustav Schmidt-Küster in Schreiben an Hermann Weber. Vgl. dazu Weber, *Geschichte der DDR*, S. 126.

²⁶ Gustav Klingelhöfer (*1888), 1924 bis 1933 Wirtschaftsredakteur des „Vorwärts“, leitete 1945 das Politische Büro der Berliner SPD, von 1946 bis Januar 1951 war er Stadtrat und Leiter der Wirtschaftsabteilung des Magistrats von Großberlin bzw. seit 1948 von Westberlin.

rende Parteiposten auf Orts-, Bezirks- und Landesebene zu nominieren, die für die Vereinigung waren. In Thüringen wurde der SPD-Vorsitzende Dr. Brill gezwungen²⁷, zurückzutreten, und sein Posten von Hoffmann übernommen²⁸, den die Russen nominiert hatten. In Mecklenburg, wo am 6. Januar in Rostock von einer SPD-Versammlung eine Resolution verabschiedet worden war, die ein Referendum der Partei über einen Zusammenschluß auf Reichsebene vorschlug, wurde die Parteizeitung angewiesen, keinen Bericht über diese Versammlung zu bringen, und dazu gezwungen, einen von einem Kommunisten geschriebenen Artikel zu drucken, in dem alle die SPD-Mitglieder, die für die Resolution gestimmt hatten, als „Reaktionäre“ und als „Saboteure der Einheit“ bezeichnet wurden. Dem Herausgeber von „Das Volk“, der durch ein Versehen der russischen Zensur in der Lage gewesen war, einen Bericht über die Versammlung zu drucken, erteilten die russischen Militärbehörden einen strengen Verweis. Im Januar wurde sowohl Grotewohl wie Dahrendorf die Erlaubnis zu einem Besuch der britischen Zone verweigert.

7. Vom Wechsel der Ereignisse alarmiert, erließ der SPD-Vorstand am 15. Januar neue Instruktionen für alle Landes- und Bezirksvorstände, in denen er diese dahingehend informierte, daß gemäß den gemeinsamen Beschlüssen von KPD und SPD vom 20. und 21. Dezember eine Vereinigung auf lokaler Ebene nicht erlaubt sei und die Parteien-Vereinigung lediglich von einer Parteiversammlung auf Reichsebene beschlossen werden könne. Die russische Militärbehörde verbot die Veröffentlichung dieser Instruktion. Verstöße gegen das Verbot resultierten in Redeverböten für Sprecher auf Versammlungen und in Festnahmen. Partei-Sekretäre, die der Vereinigung widerstrebend gegenüberstanden, wurden gegen Ende Januar das Ziel verschiedener Formen von Druck. Einige wurden entfernt, andere mit Arrest bedroht oder verhaftet und nach Oranienburg und Sachsenhausen verbracht, also in zwei Lager, wo zuletzt Anti-Nazis gelitten hatten, andere wurden auf Verwaltungsposten versetzt, andere gewaltsam in andere Distrikte weggeschafft. Parteifunktionäre wurden häufig von den russischen Besatzungsbehörden vorge-laden, um dadurch ihre Teilnahme an lokalen Partei-Versammlungen zu verhindern. In diesem Zusammenhang zeigt ein Bericht, der dem Zentralausschuß vom SPD-Bezirk in Magdeburg übersandt wurde, der eine Mitgliedszahl von 52 000 Mitgliedern für sich in Anspruch nahm, detailliert die Methoden, die von der Besatzungsmacht angewandt wurden: „Jetzt sind die Gewerkschaftswahlen abgehalten worden. Dem unzweifelbaren Erfolg, den unsere Partei dabei erzielte, folgte der erwartete generelle Angriff auf uns. Jeder mögliche Versuch wurde unternommen, uns einer eigenstüchtigen Partei-Politik zu überführen. In jedem Fall war die Bezirksleitung in der Lage, dies zu widerlegen. Als die Wahlergebnisse bekannt wurden, zwangen uns die sowjetischen Militär-Behörden, einen Gleichstand mit der KPD zu akzeptieren – angeblich für die Sache der Einheit – ohne Rücksichtnahme auf die wirklichen Ergebnisse der Wahlen. Druck wurde zu diesem Zweck nicht nur in Magdeburg selbst, sondern überall im Bezirk ausgeübt. Alle Verein-

²⁷ Hermann L. Brill (1895–1959), vor 1933 sozialdemokratischer Abgeordneter des thüringischen Landtags bzw. des Reichstags, in der NS-Zeit überwiegend inhaftiert, war unter amerikanischer Besatzung kurzzeitig (Juni/Juli 1945) Regierungspräsident von Thüringen und Landesvorsitzender der SPD. Bereits 1945 wechselte er in die US-Zone.

²⁸ Heinrich Hoffmann, der Stellvertreter Brills in der SPD in Thüringen, hielt die Verschmelzung von KPD und SPD für unabwendbar und übernahm Anfang Januar 1946 nach dem Ausscheiden Brills und massiver Intervention durch die SMAD die Führung des SPD-Landesverbandes.

barungen, die zuvor mit der KPD ausgehandelt worden waren, so eine gemeinsame Kandidatenliste entsprechend der Wahlergebnisse, wurden als ‚private Vereinbarungen‘ gebrandmarkt, und es wurde auf paritätischer Verteilung bestanden. Viele der Unter-Bezirke unterlagen dem sowjetischen Druck, die folgenden Verhandlungen dauerten Stunden und Tage. Es wurde Zuflucht zu Haft und Drohungen genommen. Zwei unserer fähigsten Funktionäre luden die russischen Behörden genau an jenem Tag nach Magdeburg vor, an dem die Kreisversammlung der Gewerkschaft tagte, so daß sie nicht in der Lage waren, teilzunehmen. Außerdem sind unsere Partei-Sekretäre in den vergangenen Wochen überwacht worden, jede Rede wurde mitstenographiert und an General Kotikoff in Halle weitergegeben²⁹. Resultat: Redeverbot für unseren ‚Bezirks-Sekretär‘ Albert Deutel sowie unseren Gewerkschafts-Sekretär und stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Treumann aus Stendal. Eine Durchsichtung der von unserem Vorsitzenden Gustav Schmidt geführten Buchhandlung nach faschistischer Literatur³⁰! Beschlagnahme von einigen unbedeutenden Bänden von Gedichten und ein Verhör beim Stadt-Kommandanten. Mißbilligung der Ansichten, die unser Bezirks-Sekretär Dux in der Frage der Vereinigung auf Versammlungen geäußert hatte³¹. Die Berichte, die uns von den Sekretären der Unter-Bezirke erreichen, haben alle den gleichen Inhalt, d. h. Androhung von Haft, genereller Druck sowie die Wiederholung des Vorwurfs: ‚Du verhinderst die Vereinigung und spaltest die Arbeiterbewegung‘. Die Magdeburger Bezirksleitung schloß mit der Erklärung, daß sie unter diesen Umständen den Instruktionen des 15. Januars nicht weiter folgen könne, und sie bat den Zentralausschuß, die Vereinigung der beiden Parteien zu beschleunigen.

Die Gewerkschaftswahlen

8. Nirgendwo hat sich die genuine volkstümliche Unterstützung für die SPD mehr offenbart als bei den ersten Wahlen der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Selbst in der russischen Zone, wo deren Organisation in vielen Bezirken von oben auferlegt statt durch demokratische Abstimmungen gebildet wurde, waren die sozialdemokratischen Mehrheiten oft überwältigend. In Sachsen wurden in einem Dutzend der wichtigsten Gewerkschaften 174 Vertreter der SPD gegenüber 17 der KPD gewählt. Bei den ersten Betriebsratswahlen wurden in Berlin 79 Vertreter der SPD gegenüber 18 der KPD gewählt. In 44 Fabriken wurden 127 SPD-Vertreter gegenüber 56 KPD-Vertretern in die Fabrik-Komitees und in Delegationen gewählt. Während die SPD sich zurücklehnte und gegenseitig beglückwünschte, gingen die Kommunisten erneut ans Werk. In den Provinzen war ihre Aufgabe relativ leicht, und Dahrendorf erwähnt in seiner Aufzeichnung über die Gewerkschaftswahlen zwei – wie er sagt – typische Fälle: „Die ganze Gewerk-

²⁹ General Alexander G. Kotikow war 1945/46 stellvertretender Chef der SMA Sachsen-Anhalt für Zivilangelegenheiten. Von April 1946 bis 1949 war er Chef der Garnison und Kommandant des sowjetischen Sektors von Berlin.

³⁰ Gustav Schmidt-Küster, Vorsitzender des SPD-Bezirks Magdeburg-Anhalt, der gegen die Vereinigung war, mußte im Februar 1946 sein Amt aufgeben.

³¹ Rudi Dux war bis Ende Februar 1946 Parteisekretär in Magdeburg, verließ wegen seiner Einstellung gegen die Vereinigung die SBZ und arbeitete ab Sommer 1946 beim „Ostbüro“ der SPD in Hannover.

schaftswahl kennzeichnete der Versuch der Kommunisten, den Einfluß der KPD durch pseudo-demokratische Methoden zu stärken. Sie waren nicht überall erfolgreich, sozialdemokratische in kommunistische Mehrheiten umzuwandeln. Wo dennoch SPD-Mehrheiten trotz aller terroristischen Methoden und Fälschungsversuche erzielt wurden, gaben die Militär-Behörden Anweisung, daß bei der Ernennung von Gewerkschaftsfunktionären SPD-Mehrheiten nicht bestimmend sein dürften. Das folgende ist ein typisches Beispiel: Bei den Gewerkschaftswahlen in Magdeburg wurden 996 Sozialdemokraten und 667 Kommunisten gewählt. Auf Anordnung des lokalen Kommandanten wurden die Bezirkskomitees aus 113 Kommunisten und 112 Sozialdemokraten zusammengesetzt. Auf der Gewerkschafts-Konferenz der Provinz erhielten die Sozialdemokraten trotz ihrer großen Mehrheit nur 71 Delegierte zugestanden, während den Kommunisten 69 gewährt wurden. Ein besonders krasser Fall von Fälschung erfolgte in Dresden. Die Landesversammlung der Gewerkschaft wurde dort abgehalten, wo unter anderem die Wahl der Delegierten zum Zonen-Kongreß erfolgen sollte. Ein Auswahlkomitee von drei Personen erhielt den Auftrag, auf paritätischer Basis eine Liste zu erstellen. Auf seinem Weg vom Raum des Auswahlkomitees zum Versammlungssaal verschwand der kommunistische Vorsitzende des Auswahlkomitees für einen Moment, strich 50 Sozialdemokraten und ersetzte diese durch Kommunisten. Dann arrangierte er die Liste nach dem Alphabet und überreichte sie als gemeinsamen Vorschlag von SPD und KPD, woraufhin die Liste einstimmig von der Versammlung angenommen wurde. Die Fälschung wurde erst später entdeckt.“

9. In Berlin wurde die SPD nach ihrem anfänglichen Sieg völlig überlistet. Die Kommunisten unterstrichen die vollkommen unpolitische Natur der Wahl, und während die SPD-Betriebsräte für Kandidaten unabhängig von deren Parteizugehörigkeit votierten, wählten die KPD-Gruppen strikt nach Parteizugehörigkeit. Zusammenkünfte wurden von der KPD in kürzester Frist anberaumt, SPD-Mitglieder ausgeschlossen und dann mit einem Beschluß überstimmt, der in ihrer Abwesenheit getroffen worden war. Während der Wahlen unterstrich die Presse der KPD die Frage nach der Vereinigung jeden Tag und verkündete, daß „keine Stimme für diejenigen abgegeben werden soll, die sich an der Anti-Vereinigungs-Flüster-Propaganda beteiligten“.

Die SPD-Führer

10. Während der Monate Januar und Februar wurde die Situation für die Mitglieder des Zentralausschusses der SPD und führende Persönlichkeiten der Partei deutlich, und sie lösten ihre Gewissensnöte in verschiedener Weise. Die mit schwachem Willen wie Max Fechner gaben schnell nach³². Fechner, das einzig überlebende Mitglied des Zentralkomitees von 1933, das politisch noch aktiv ist, ein freundlicher Mensch, der nur wünscht, mit jedem ein gutes Verhältnis zu haben, hatte seine unerfreulichen Momente, als er sich mit ärgerlichen Versammlungen konfrontiert sah. Aber seine Vorliebe für die Flasche wurde von den Russen gestillt, die ihn bei vielen Gelegenheiten freigiebig bewir-

³² Max Fechner (1892–1973) war bis 1933 Funktionär der USPD bzw. SPD; in der NS-Zeit politisch verfolgt, engagierte er sich 1945 wieder in der SPD bzw. SED, wurde 1945 Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD bzw. 1946 2. Vorsitzender der SED.

teten und ihn mit einem Papierzuschuß ausstatteten, der ausreichte, um ein Buch, das er geschrieben hatte, zu veröffentlichen. Dies gewann seine Ergebnisse, weil dessen Verkauf in diesen Tagen der Bücherknappheit ihn finanziell für den Rest seines Lebens versorgen mußte.

Dahrendorf wandte sich in die andere Richtung. Während des Herbstes 1945 war er „ost-orientiert“. Ein Besuch in den West-Zonen bestärkte nur noch seine Meinung, daß Sozialismus auf dem Weg der Landreform, der Sozialisierung der Industrie und der zu stärkenden Gewerkschaften allein in der russischen Zone zu realisieren sei. Obgleich er die kommenden Gefahren vorauszusehen glaubte, war er noch am 9. Januar geneigt zu argumentieren, daß die Russen die Kommunisten aufgrund deren geringer Unterstützung durch die Bevölkerung sitzenlassen und ihre volle Unterstützung der SPD zukommen lassen würden. Obgleich er etwas von einem Opportunisten besitzt, stand er zu seinen Prinzipien, und obgleich es einfach und profitabel für ihn gewesen wäre, sich den Befürwortern der Vereinigung anzuschließen und sich selbst damit eine führende Position in der neuen vereinigten Partei zu sichern, zog er vor, seine Fehler zu bekennen, und erklärte, daß die Methoden, mit denen die KPD arbeite, eine Vereinigung unmöglich machten. Am 20. Januar verließ er seinen Posten in der Zentralverwaltung der russischen Zone und wurde von da an der führende Opponent gegen eine Vereinigung im Zentralaussschuß. Als er schließlich in die britische Zone ging, organisierten sich Karl Germer, Klingelhöfer, Kurt Schmidt und Schulz in einem Komitee der Anti-Fusionisten³³.

11. Am unglücklichsten von allen war Otto Grotewohl, der Vorsitzende des Zentralaussschusses. Grotewohl besitzt viele der Eigenschaften eines fähigen Parteiführers, er ist ein guter Redner, ein guter Vorsitzender, fähig, Differenzen zwischen Mitgliedern eines Komitees beizulegen, von großem Charme, aber vielleicht fast zu flüssig und geschmeidig. Er ist zunächst und zuallererst ein politischer Boss und verfügt nicht über die moralische Struktur, dem Druck in einer Krise zu widerstehen. Im Dezember kündigte er an, er werde eher die Partei auflösen als zusehen, wie sie ihre Unabhängigkeit verliere. Oft wiederholte er, daß nur eine Tagung der Partei auf Reichsebene über die Frage einer Vereinigung entscheiden könne. Wenn der Druck ausschließlich von seiten der KPD gekommen wäre, hätte er aushalten können. Aber gegen Ende Dezember und im Januar und Februar sah er sich russischem Druck ausgesetzt. Zunächst bestellte ihn Oberst Tjulpanow³⁴, der Leiter der russischen Informationskontrolle der SMAD, zu einer Reihe von Konferenzen, bei denen Grotewohl zunächst über zwei Stunden warten mußte, wo ihm

³³ Karl J. Germer, 1945 Mitglied des Zentralaussschusses der SPD und Vorstandssekretär des FDGB, von April bis Juli 1946 einer der drei Landesvorsitzenden der SPD in Berlin; Kurt Schmidt, vor 1933 ein führender Funktionär in der Berliner Sozialistischen Arbeiterjugend, gehörte neben Fritz Erler zur Berliner Gruppe „Neu-Beginnen“; gemeint ist Klaus-Peter Schulz. Zum angeführten Vorgang vgl. sein Buch „Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46“, Berlin 1965.

³⁴ Sergej I. Tjulpanow (1902–1984), Oberst und seit 1949 General der Roten Armee, war promovierter Wirtschaftswissenschaftler und seit 1938 Dozent für politische Ökonomie beim ZK der KPdSU in Leningrad. Seit August 1945 leitete er die Verwaltung Information und Propaganda der SMAD. 1949 kehrte er in die UdSSR zurück. – Seine Erinnerungen enthalten nichts über den auf die SPD-Funktionäre ausgeübten Druck. Vgl. Sergej Tjulpanow, Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Hrsg. von Stefan Obernberg, Berlin (Ost) 1987, S. 135 ff.

dann aber abwechselnd geschmeichelt und Komplimente gemacht wurden. Tjulpanow machte kein Geheimnis aus der Wahl, die vor Grotewohl lag, in seinen eigenen Worten – wie Grotewohl sie wiedergab –, er habe zwischen West und Ost zu wählen. (Diese ziemlich offene anti-Alliierte Konversation fand zur selben Zeit statt, als deutsche Politiker wie Schumacher von den britischen Behörden wegen implizierten anti-russischen Bemerkungen in ihren Reden gerüffelt wurden.) Botschafter Semjonow brachte ein mehr diplomatisches Argument vor³⁵, als er andeutete, daß die Fusion Rußland dazu veranlassen könne, seine Besatzungstruppen wesentlich zu verringern. Anfang Februar traf Marschall Schukow selbst mit Grotewohl zusammen. Obgleich er in einer Zone kommandierte, in welcher das Recht des Betretens dieser Zone für jeden alliierten Offizier oder Deutschen aus einer anderen Zone strikt untersagt ist, erklärte er, daß alle russischen Anstrengungen, die Zonengrenzen abzuschaffen, als Resultat der Opposition der anderen Mächte fehlgeschlagen seien. Deshalb sei eine Versammlung auf Reichsebene zur Vereinigungsfrage unmöglich. Sodann verlangte er eine schnelle Entscheidung bis Ende Februar und deutete an, falls diese Entscheidung günstig ausfalle, werde Rußland die Lebensmittelversorgung verstärken sowie den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ost-Deutschlands unterstützen. Kurz nach diesem Interview begann Grotewohl eine Reise durch die russische Zone. Nach seiner Rückkehr beschrieb er in einer vertraulichen Unterredung mit den britischen Behörden, wie sehr er die SPD-Organisationen in den Provinzen unter dem russischen und kommunistischen Druck zerbröckeln fand und wie die Männer, die ihm noch 14 Tage zuvor ihre Loyalität im Hinblick auf die Frage einer unabhängigen Partei versichert hatten, ihn jetzt bäten, das Geschäft zu beenden, damit sie in Frieden gelassen würden. Immer noch den Trugschluß hegend, an den alle prominenten Deutschen zu glauben scheinen – nämlich daß eine Aufhebung der Zonengrenzen ihre Probleme lösen werde –, fragte er, ob wir diese Schranken niederbrechen könnten. Als ihm mitgeteilt wurde, daß dies nicht allein in unserer Macht stünde, entschloß er sich, das verhängnisvolle Wagnis auf sich zu nehmen, und erklärte, wenn denn die Vereinigung unumgänglich sei, diese besser so schnell wie möglich durchzudrücken.

12. Von da an war er ein verlorener Mann. Schritt für Schritt wurde er von den Kommunisten den Hügel heruntergedrückt, bis er den Graben überquerte, der den redlichen vom unredlichen Politiker trennt. Am 11. Februar erklärte er, da eine Versammlung der Partei auf Reichsebene nicht möglich sei, solle die Frage vor einen Zonen-Kongreß (unter Einschluß Berlins) gebracht werden, und verhinderte nur unter größten Anstrengungen einen Antrag Dahrendorfs, die Partei aufzulösen (der zunächst von 9 Stimmen gegen drei getragen worden war). An dem Tage, an dem er die Absicht des Zentralaussschusses zur Vereinigung verkündete, wurden sechs neue Fahrzeuge von den russischen Behörden an das Partei-Hauptquartier geliefert und zwanzig Lebensmittel-Pakete von Marschall Schukow zur Verteilung unter die „bedürftigen Mitglieder der Partei“ empfangen. Es wurde bald deutlich, daß die Funktionäre und die einfachen Mitglieder der Partei in Berlin, die sich immer noch unabhängig fühlten, diese Entscheidung nicht ohne Kampf hinnehmen würden. Am 17. Februar verabschiedeten drei überfüllte SPD-Versammlungen Mißtrauensvoten gegen den Zentralaussschuß. Der Besuch Schumachers in

³⁵ Wladimir S. Semjonow (*1911) kam 1940 als Berater des sowjetischen Botschafters erstmals nach Berlin. 1941/42 leitete er die Deutschlandabteilung im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 1945/46 war er stellvertretender Politischer Berater, 1946 bis 1949 Politischer Berater der SMAD und bis 1953 der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland.

Berlin, den ein Flugzeug aus der britischen Zone herbeigebracht hatte, gab den Widerstrebenden neuen Mut. Sie erkannten, daß die westlichen Alliierten ihrer Treue nicht gleichgültig gegenüberstanden. Am 9. März, bei einem Treffen von Berliner SPD-Funktionären, wurde Grotewohl niedergeschrien, und mit Handzeichen votierten 1850 von ihnen gegen eine Vereinigung, während nur 150 für diese stimmten. Im Verlauf des Monats März votierten in sieben verschiedenen Stadtteilen Berlins 1039 Delegierte gegen und nur 174 für den Zusammenschluß. Auf Versammlungen in Spandau, Wilmersdorf und Pankow (Russischer Sektor) stimmten 96%, 86% und 93% gegen die Vereinigung. Noch zu Beginn des Monats Februar hatte Grotewohl dahingehend argumentiert, daß er es anstelle eines Rücktritts vielmehr für seine Pflicht halte, seinen Anhängern beizustehen sowie zu versuchen, deren Interessen in der neuen vereinigten Partei zu sichern und diese in der Tat, falls dies möglich sei, in eine demokratische Partei umzuwandeln. Im März wurde es für ihn unmöglich, länger zu leugnen, daß eine starke Stimmung gegen die Fusion existierte. Er hatte jetzt zu wählen, ob er die Frage fair über eine Abstimmung lösen wollte und dabei im Fall, daß die Anti-Fusionisten gewinnen würden, das russische Mißfallen auf sich zöge, was durchaus seine Entlassung einschloß, oder die Vereinigung auch gegen den Willen der Mehrheit seiner Partei durchzuziehen. Er wählte die letztere Möglichkeit. Er, der noch wenige Monate zuvor damit argumentiert hatte, daß eine Vereinigung nur nach einer freien Abstimmung erreicht werden könne, widersetzte sich jetzt einer Urabstimmung unter den Partei-Mitgliedern in Berlin mit dem Hinweis, diese sei nicht satzungsgemäß. Er begann, seine Anweisungen immer häufiger vom ZK der KPD zu empfangen, und folgte der Auffassung Piecks, als dieser erklärte, daß eine Urabstimmung schon allein deshalb undemokratisch sei, weil man von den neuen Mitgliedern, die über die Sache nicht informiert seien, keine Entscheidung verlangen dürfe. Als er das mögliche Ergebnis einer Berliner Urabstimmung erkannte, bat er in Panik General Bokow von der russischen Militär-Administration um 40 Tonnen Papier und 400 Gallonen Benzin³⁶. Diese Bitte wurde erfüllt, und gegen Mitte März war Berlin mit Plakaten für die Vereinigung gepflastert, die in ihrem nationalistischen und totalitären Ton an die Nazi-Propaganda von 1933 erinnerten („Ein Ziel, Ein Weg, Einheit!“). Darunter wurde oft gekritzelt: „Ein Volk, Ein Reich, Ein Führer!“).

13. Grotewohl und der Zentralausschuß versuchten vergeblich, die Opposition durch Parteiausschluß niederzuschlagen. Am 12. März wurden March, Germer und Neubecker ausgeschlossen, am 19. Swolinsky, Kiaulen und Schulz, am 27. Aussner, Lohrenz, Arndt und Ganschow. Die Kreis-Komitees von Charlottenburg und Schöneberg wurden für aufgelöst erklärt, nachdem dort Voten gegen die Vereinigung abgegeben worden waren. Mit jeder erdenklichen Propaganda-Anstrengung wurde versucht, die Fusionisten als die große Mehrheit erscheinen zu lassen, behindert von den Sabotagetaktiken einer kleinen Splittergruppe in der Partei. Dennoch blieben die Anstrengungen des Zentralausschusses ohne Erfolg, und die unabhängigen Mitglieder planten die Durchführung eines Referendums in Berlin.

³⁶ General Fjodor J. Bokow (*1904) war 1945/46 Mitglied des Militärrats der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland bzw. der SMAD. Er hatte in dieser Funktion großen Einfluß auf die Politik der SMAD.

Die Berliner Urabstimmung

14. Zunächst wurde befürchtet, daß die Anti-Fusionisten, das ganze Gewicht der von den Russen kontrollierten Berliner Presse gegen sich und ohne eigene Hilfsmittel, nicht in der Lage sein würden, eine Gegenkampagne zu organisieren. Dem guten Beispiel, welches die britischen Behörden durch das Zurverfügungstellen verschiedener Einrichtungen gaben, so beispielsweise ein sicheres Haus im britischen Sektor, folgten glücklicherweise die Franzosen und die Amerikaner, die ausreichend Druckkapazität für eine Million Flugblätter beisteuerten. Für kurze vierzehn Tage war die Erregung groß. Der Zentralausschuß der SPD unternahm alles was ihm möglich war, um die Urabstimmung zu sabotieren. Er gab Anweisungen für die Partei-Mitglieder heraus, das Verfahren zu boykottieren, und bearbeitete alle in der Berliner Stadtverwaltung tätigen SPD-Mitglieder, die gebeten wurden, eine Erklärung zu unterzeichnen, aus der ihr Einverständnis mit einer sofortigen Vereinigung hervorging. Die implizierte Drohung, sie würden ihre Arbeitsplätze verlieren, falls sie nicht unterschrieben, erreichte bei vielen den gewünschten Effekt. Die kommunistische Presse erklimmte neue Gipfel der Verleumdung der Anti-Fusionisten und Schumachers, die als Reaktionäre, Saboteure der Einheit der Arbeiterklasse sowie Helfer ausländischer Trusts und Cliques des „big business“ gebrandmarkt wurden. Aber auch die Alliierten entgingen ihrem Zorn nicht.

Walter Ulbricht, ein boshafter Feind Großbritanniens, an dessen schockierenden Artikel in „Die Welt“, einer 1940 in Stockholm herausgegebenen Zeitung der deutschen Kommunisten, einem Muster an kommunistischer Doppelzüngigkeit, sich Sozialdemokraten lange erinnern werden, attackierte heftig unsere Verwaltung in der britischen Zone mit dem Versuch, zu beweisen, daß allein eine Vereinigung der KPD mit der SPD den Triumph des Sozialismus sichern könne. Und selbst General Clay wurde zu einem Protest veranlaßt, als Ulbricht erklärte, die letzten Wahlen in der amerikanischen Zone seien undemokratisch gewesen. In der Zwischenzeit stuften die Kommunisten die Urabstimmung geringschätzig unter „andere, primitive Methoden der Demokratie“ ein. Am 31. März, einem strahlenden, warmen Frühlingstag, fand die Urabstimmung statt. In der russischen Zone durften keine Wahllokale geöffnet werden. In den westlichen Sektoren wählten 23 700 von 33 200 Mitgliedern. Von diesen stimmten 82% gegen eine sofortige Vereinigung³⁷. Aber um jeden Verdacht zu entkräften, daß Anti-Fusionisten von Natur aus auch Reaktionäre seien, war eine zweite Frage hinzugefügt worden: „Bist Du für eine enge Zusammenarbeit beider Parteien?“. Diese Frage beantworteten 60% bejahend. Die Abstimmung verlief fair und geregelt, und, abgesehen von der Verhaftung und zwei-stündigen Festsetzung von zwei amerikanischen Offizieren, Mr. Louis Wiesner und Lt. John Bergmann, zweier Journalisten und des Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“ durch die Russen in ihrem Sektor, verging der Tag ruhig.

³⁷ Grotesk ist die Rechnung, die Benser, Zwangsvereinigung, aufmacht. Zu mit der Aussage Annans vergleichbaren Zahlen kommt hingegen Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 256.

Die Zukunft

15. Bereits seit dem vergangenen Januar erklärten die Kommunisten öffentlich, daß die Vereinigung bis zum 1. Mai erreicht würde. Wie auch immer die Ergebnisse des SPD-Parteitages am 20. und 21. April ausfallen werden, es erscheint unwahrscheinlich, daß die Vereinigung in der russischen Zone noch lange hinausgeschoben werden kann. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (einzeln abgekürzt als SEP, SEPD oder SED) mit Sicherheit während des Sommers in der russischen Zone und eventuell auch in ganz Berlin gegründet wird. Es bleibt auch noch abzuwarten, wie lange eine unabhängige SPD selbst in den West-Sektoren Berlins überleben kann, denn ihre Mitglieder werden gebrandmarkte Männer sein, von allen Vorteilen eines Amtes in der Stadtverwaltung abgeschnitten. Vorausgesetzt jedoch, daß die Westmächte darauf beharren, Berlin als eine fünfte Zone zu behandeln, und fortfahren, ihnen Förderung und eine Presse zu geben, so sollten sie in der Lage sein, eine unabhängige Existenz fortzuführen. Es ist die gemeinsame britische, französische und amerikanische Absicht, die SED in Berlin nur unter der Bedingung anzuerkennen, daß die SPD in der gesamten Stadt weiterbestehen darf.

16. Praktisch ist die SED in Berlin bereits tätig, obgleich bisher kein Antrag auf Zulassung an die Alliierte Kommandantur gerichtet worden ist. Die Sozialdemokraten, die für die Fusion waren, und die Kommunisten hielten am 13. April separate Treffen ab. Sie trafen sich am 14. April zum ersten Mal gemeinsam mit der Absicht, sich ihrer Solidarität zu versichern. Am 7. April hielten die unabhängigen Sozialdemokraten – gestärkt durch ihren Sieg in der Urabstimmung – eine Versammlung derjenigen Delegierten ab, die für die vom Zentrallausschuß für den 13. April geplante Berliner Parteikonferenz gewählt worden waren. Es waren 465 Delegierte anwesend, und, neben anderen Ergebnissen, entstand ein neuer, provisorischer Zentrallausschuß, der sich einverstanden erklärte, freiwillig so lange zu arbeiten, bis ein ordentlicher Ausschuß durch geheime Wahl gegründet werden könne. Drei Vorsitzende mit gleichen Befugnissen wurden provisorisch gewählt: Neumann³⁸, der auch Bürgermeister von Reinickendorf (Französischer Sektor) ist, Germer, der herausragendste der drei, der aus dem Zentrallausschuß ausgeschlossen wurde, sowie Swolinzky, ein sehr zweifelhafter Bewerber³⁹, der wohl nicht lange bleiben wird. Viel bedeutender als diese drei sind die Männer, die offen zu den Unabhängigen übergegangen sind, obgleich sie zur Zeit noch im Hintergrund bleiben: Paul Löbe⁴⁰, der frühere Präsident des Reichstags, der sich aus dem Zentrallausschuß zurückgezogen hat, Dr. Otto Suhr⁴¹, Berater der Gewerkschaften und bis vor kurzem Chef der zentralen Ver-

³⁸ Franz Neumann, Mitbegründer der Berliner SPD 1945, war ab Juli 1945 stellvertretender Bürgermeister im Bezirk Berlin-Reinickendorf, später Mitglied der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung.

³⁹ Carl Swolinzky, früherer Vorsitzender der SPD in Breslau, Kreisvorsitzender der SPD in Berlin-Tempelhof, wurde später, im August 1946, neben Paul Löbe, Franz Neumann und Louise Schröder zum Vorsitzenden des „Landesverbandes Berlin der SPD“ gewählt.

⁴⁰ Paul Löbe bemühte sich zunächst nicht mehr um eine Führungsposition in der Partei. Neben seiner Position als Vorsitzender des Landesverbandes der Partei war er später noch MdB.

⁴¹ Der Sozialdemokrat Otto Suhr (1894–1957), 1925 bis 1933 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, arbeitete 1945/46 vorübergehend in der Wirtschaftsabteilung des Magistrats von Großberlin bzw. der Deutschen Zentralverwaltung für Indu-

waltung für Handel und Versorgung in der Sowjet-Zone, Dr. Ostrowski⁴², vor 1933 einer der führenden deutschen Autoritäten für soziale und politische Fragen sowie Oberbürgermeister von Berlin, der jetzt seine Kontakte mit dem Zentrallausschuß der Partei verstärkt hat, Gustav Klingelhöfer, ein vorzüglicher Wirtschaftsfachmann, der bis jetzt einer von Grotewohls Hauptberatern war, Frau Annedore Leber, deren Ehemann nach dem Attentat vom 20. Juli hingerichtet wurde, die sich gerade aus dem Zentrallausschuß zurückgezogen hat. Diese Leute, zusammen mit Schumacher und anderen aus dem Westen, könnten durchaus den Kern einer Reichsorganisation der SPD bilden.

Einige Schlußfolgerungen

17. Die SEP wird, wenn sie entsteht, nicht mehr sein als eine KPD unter anderem Namen. Sie wird eine Partei sein, ohne Rücksichtnahme auf die Ansichten ihrer Mitglieder, die ausschließlich von ihrer Führung dirigiert werden wird. Um den Anschein, völlig totalitär zu sein, zu vermeiden, kann erwartet werden, daß sie der CDU und der LDP einige Sitze in jedem gewählten Gremium zugestehen wird, aber in Wirklichkeit wird Ost-Deutschland von einer Partei regiert werden. Auf diese Weise wird innerhalb eines Jahres nach dem Sieg über das Nazi-Regime erneut ein Teil Deutschlands unter totalitärer Herrschaft stehen.

18. In den westlichen Zonen hat die Propaganda für die Vereinigung wenig Fortschritte gemacht, und die SPD steht in dieser Frage fest hinter Schumacher. Die Kampagne ist erst am Anfang und wird durch die Propaganda intensiviert werden, die jetzt über die Zonen-Grenze zu fließen beginnt. Neben der üblichen Aussage über die Einheit der Arbeiterklasse können wir erwarten, daß die Kommunisten und Befürworter der Vereinigung den Stand der Dinge in den West-Zonen unvorteilhaft in Verbindung bringen werden mit der fortschrittlichen und weitreichenden Sozialisierung in Ost-Deutschland. Die momentane katastrophale Lebensmittelversorgung, die bevorstehende Demontage von Fabriken zu Reparationszwecken, die sinkende Kohleproduktion und die daraus entstehende Verwirrung in der Industrie und im Transportwesen werden die Anziehungskraft der Kommunisten verstärken, zumal sie erklären werden, daß alle Übel aus der unzureichenden Entnazifizierung und der Mißwirtschaft der Briten herrührten.

Die Aussichten, daß wir die Lage der britischen Zone verbessern können, sind nicht glänzend. Wir können aber immerhin etwas tun, um die politische Moral im Land zu heben. Der Erfolg der unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin und das Ausmaß, mit dem die SPD in der britischen Zone erfolgreich die Stimmen der Arbeiterklasse von der KPD abzieht, sind in großem Maße abhängig von der politischen und ökonomischen Linie, die wir in der britischen Zone einschlagen. Das einzige Bollwerk gegen autoritäre Politik von seiten der extremen Linken wie der extremen Rechten liegt in einer Politik

strie. Seit Oktober 1946 war er Mitglied und Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung von Großberlin.

⁴² Otto Ostrowski (*1883) war bis 1933 sozialdemokratischer Bürgermeister von Berlin. 1945 trat er erneut der SPD bei und wurde kommunalpolitischer Sekretär im Zentrallausschuß der SPD und Bezirksbürgermeister von Berlin-Wilmersdorf. Im Oktober 1946 wurde Ostrowski zum Oberbürgermeister von Großberlin gewählt, trat aber bereits im April 1947 auf Drängen seiner Partei von diesem Amt zurück.

des fortschreitenden sozialen Wandels. Nach Meinung des Verfassers sollten wir zumindest auf der Durchführung der sozialen und ökonomischen Reformen bestehen, wie sie zur Zeit von der Regierung Ihrer Majestät im Vereinigten Königreich durchgeführt werden. Regionale Produktionskomitees, zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Gewerkschaftlern nach ähnlichen Richtlinien wie existierende Körperschaften im Vereinigten Königreich, sollten errichtet werden, Produktionskomitees in Fabriken aus Vertretern von Betriebsräten und Managern geschaffen werden. Auf diese Weise würde den Arbeitern ihr volles Mitwirkungsrecht bei der Führung von Unternehmen gegeben. Diese Maßnahmen sind speziell in solchen Industrien wie dem Kohlenbergbau notwendig, von dem die ganze britische Besatzungszone abhängt.

Vom Zonen-Beirat könnten konkrete Pläne erstellt werden für eine Landreform, und wenn Verbraucher-Ausschüsse zur Überwachung der Lebensmittelverteilung gegründet würden, könnte ein Teil der Unzufriedenheit mit den niedrigen Lebensmittel-Rationen gedämpft werden. Vor allem ist es wichtig, große Publizität auf den Umstand zu lenken, daß wir Maßnahmen zur sozialen Reform beabsichtigen und den demokratisch gewählten Arbeiter-Organisationen ihren vollen Anteil am Wiederaufbau und an der Verantwortung für ihr Land einräumen werden. Die Kommunisten behaupten – und die Sozialdemokraten fühlen sich dabei nicht wohl –, daß unter britischer Kontrolle immer noch Industrielle sämtliche die Industrie betreffenden Angelegenheiten steuern, ohne dabei auf die Gewerkschaften und die Arbeiter-Organisationen Rücksicht zu nehmen, daß es unsere Absicht sei, die Gewerkschaften schwach zu halten und sie nur in beratender Funktion zuzulassen, und daß die britische Kontrolle der Industrie so strikt sei, daß alle Anstrengungen, lebenswichtige Güter zu produzieren, zunichte gemacht würden.

Solange wir keine Schritte ergreifen, eine positive Politik der Sozialreform durchzusetzen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, besteht die große Gefahr, daß die KPD und die SEP in Berlin in der Lage sein werden, unsere Ziele verzerrt darzustellen und dagegen anzugehen sowie bei der deutschen Arbeiterklasse den Eindruck zu erwecken, als seien wir weniger ernsthaft als die Russen bemüht, ihr künftiges Wohlergehen zu sichern.